

**DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF**

Sitzung Nr.:	StA	VA	PA	RR 31
Datum				19.06.2008
N I E D E R S C H R I F T				

Ort der Sitzung: Plenarsaal (Bezirksregierung Düsseldorf)

Beginn der Sitzung: 10.10 Uhr

Ende der Sitzung: 11.25 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung:

1. **Formalien**
2. **Genehmigung der Niederschrift über die 30. Sitzung des Regionalrates am 17.04.2008**
3. **Wahl des/der Regionalratsvorsitzenden**
4. **Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf**
5. **Vortrag von Herrn Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff zum Thema: "Förderverfahren der Regionalen Kulturpolitik"**
6. **49. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) (Änderung des textlichen Zieles Kapitel 3.9 Energieversorgung Ziel 1 – Standorte der vorhandenen Anlagen für Neubau, Ausbau und Erweiterung sichern)
hier: Beitrittsbeschluss**
7. **52. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Ratingen (Umwandlung eines GIB in ASB)
hier: Aufstellungsbeschluss**
8. **56. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) im Gebiet der Stadt Viersen (Umwandlung GIB in ASB) –
hier: Aufstellungsbeschluss (vereinfachtes Verfahren)**
9. **57. Regionalplan-Änderung für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) im Gebiet der Städte Meerbusch und Dinslaken (GIB in ASB)
hier: Erarbeitungsbeschluss**
10. **Stellungnahme des Regionalrates der Bezirksregierung Düsseldorf zum Entwurf "Beleidsnota Ontgrondingen" (Leitplan Abgrabungen) der Provinz Limburg**

TOP 1: Formalien

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Althage (SPD) eröffnet die Sitzung. Er bittet die Anwesenden sich von Ihren Plätzen zu erheben, um des am 20. Mai 2008 im Alter von 58 Jahren verstorbenen Herrn Oberbürgermeister Joachim Erwin zu gedenken.

Anschließend begrüßt er alle Anwesenden, besonders herzlich Herrn Kulturstaatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff, der zum heutigen TOP 5 einen Vortrag halten wird, Herrn Wolfgang Michels, der als neues stimmberechtigtes Mitglied des Regionalrates vom Rat der Stadt Mülheim benannt wurde, und Herrn Thomas Hartmann, der als neuer Abteilungsleiter der Schulabteilung erstmalig im Regionalrat anwesend ist.

Herr Althage (SPD) stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Tagesordnung fest. Er weist darauf hin, dass mit Schreiben vom 09.06.2008 die Tagesordnung um Top 3 „Wahl der/ des Vorsitzenden“ ergänzt wurde. Des weiteren gibt er bekannt, dass als Nachfolger für Herrn Schumacher im Braunkohleausschuss der Bezirksregierung Köln Herr Papen von der CDU NRW vorgeschlagen und von der Bezirksregierung bestätigt wurde.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 30. Sitzung des Regionalrates am 17.04.2008

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Wahl des/der Regionalratsvorsitzenden

Der stellvertretende Vorsitzende Herr Althage (SPD) gibt Hinweise zum Wahlverfahren. Der Regionalrat würde ohne Aussprache aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder seine/seinen Vorsitzenden wählen. Die Geschäftsordnung lege zum Verfahren fest, dass derjenige/ diejenige Bewerber/Bewerberin, für den/die in geheimer Abstimmung mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen abgegeben worden sei, gewählt sei.

Herr Althage bittet um Wahlvorschläge. Im Namen der CDU-Fraktion schlägt Herr Wagner Herrn Prof. Dr. Dieter Patt (CDU) als Kandidaten für die Wahl zum neuen Regionalratsvorsitzenden vor. Der stellvertretende Vorsitzende Herr Althage (SPD) stellt fest, dass es keine weiteren Vorschläge gebe und damit Herr Prof. Patt für die Wahl zum Regionalratsvorsitzenden vorgeschlagen wurde.

Herr Althage fragt, ob die Verwaltung die Auszählung der Stimmen alleine vornehmen könne oder ob gewünscht sei, dass je ein Vertreter der Fraktionen anwesend sei. Er vermerkt, dass die Verwaltung die Stimmauszählung alleine vornehmen könne und eröffnet die Wahl.

Herr Goetzens (Verwaltung) weist darauf hin, dass jedes anwesende stimmberechtigte Regionalratsmitglied eine Stimme habe. Er bittet in alphabetischer Reihenfolge die Regionalratsmitglieder zur Abstimmung. Sie erhalten an den Wahlboxen Stimmzettel.

Nach Durchführung der geheimen Abstimmung zählt die Verwaltung die Stimmen aus. Im Anschluss gibt der stellvertretende Vorsitzende Herr Altehage (SPD) das nachfolgende Abstimmungsergebnis für den Wahlvorschlag (Herr Prof. Patt) bekannt:

<u>Anzahl der abgegebenen Stimmen:</u>	45
davon: JA - Stimmen:	38
Nein - Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	6

Herr Altehage fragt Herrn Prof. Dieter Patt (CDU), ob er die Wahl zum Vorsitzenden des Regionalrates annehme. Nach dessen Amtsannahme gratuliert er ihm im Namen aller Anwesenden und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Im Anschluss übergibt er die Sitzungsleitung an den neuen Vorsitzenden.

Herr Prof. Patt (CDU) bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauensvotum und bemerkt, dass er sich als Nachfolger von Herrn OB Joachim Erwin besonders geehrt und verpflichtet fühle diese gemeinsame Arbeit fortzuführen. Er erinnerte aber auch an seine anderen Vorgänger, mit denen er in seiner über 50-jährigen Verwaltungszeit zusammengearbeitet habe. Er hoffe auf gute Zusammenarbeit, auch wenn gelegentlich unterschiedliche Meinungen vertreten würden, denn regionale Zusammenarbeit sei dann gut und erfolgreich, wenn sie auf breiter Basis getragen würde. Mit Herrn Regierungspräsident Büssow verbinde ihn seit dessen Amtsantritt eine gute Zusammenarbeit.

Er übergibt das Wort an Herrn Regierungspräsidenten Büssow.

TOP 4: Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Herr Regierungspräsident Büssow berichtet über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Diese Rede ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Herr Patt spricht der Familie, den Angehörigen und Kollegen des verstorbenen Beschäftigten des Dezernates 22 das Mitgefühl des Regionalrates aus. Gleichzeitig dankt er allen Mitarbeitern des Hauses im Bereich der Gefahrenabwehr für ihren Einsatz.

TOP 5: Vortrag von Herrn Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff zum Thema: "Förderverfahren der Regionalen Kulturpolitik"

Herr Dr. Fils (CDU), Vorsitzender des Strukturausschusses, erläutert die Hintergründe für die Einladung des Herrn Staatssekretär, denn das Förderverfahren sei noch nicht optimal abgestimmt.

Herr Staatssekretär Hans-Heinrich Grosse-Brockhoff informiert den Regionalrat über das Förderverfahren der Regionalen Kulturpolitik und bietet weiterführende zielgerichtete Gespräche für den Regierungsbezirk Düsseldorf an.

Redaktioneller Hinweis:

Die komplette Rede von Herrn Staatssekretär Grosse-Brockhoff finden Sie im Archiv des Internetauftrittes der Bezirksregierung Düsseldorf unter www.brd.nrw.de auf den Seiten des Regionalrates.

An der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligen sich Herr Dr. Fils (CDU), Herr Bickenbach (FDP), Herr Dorten (FDP und Frau Holle (Arbeitnehmer).

Der Vorsitzende, Herr Prof. Patt, empfiehlt, sich heute nicht mit weiteren Detailfragen zu beschäftigen, sondern sich auf Grundsätzliches zu beschränken. Die Einzelfälle könnten im geplanten Gespräch im Nachgang an Herrn Staatssekretär Grosse-Brockhoff herangetragen werden.

Herr Welp (SPD) bezieht sich ebenfalls auf das von Herrn Staatssekretär Grosse-Brockhoff angebotene weiterführende Gespräch. Er regt eine Diskussion, ggf. auch im Strukturausschuss, zwischen Vertretern der drei bzw. vier Kulturregionen (Niederrhein, Rheinschiene, Bergisches Land und Ruhrgebiet), des Regionalrates und der Staatskanzlei an.

Der Regionalrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

TOP 6: 49. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) (Änderung des textlichen Zieles Kapitel 3.9 Energieversorgung Ziel 1 – Standorte der vorhandenen Anlagen für Neubau, Ausbau und Erweiterung sichern)
hier: Beitrittsbeschluss

Herr Dr. Schmitz (CDU) unterrichtet den Regionalrat über die Ausschussberatungen.

Frau Leiße (Bündnis 90/ Die Grünen) begründet die Ablehnung ihrer Fraktion zu den Punkten 1 und 2 des Beschlussvorschlages. Die Freigabe der GIB als Kraftwerkstandorte würden energiepolitisch nicht weiter bringen. Ihre Fragen im Planungsausschuss hinsichtlich einer GEP-Änderung oder Einleitung eines Zielabweichungsverfahrens bei anderer Nutzung der bestehenden Standorte seien noch klärungsbedürftig.

In einer getrennten Abstimmung zu den Ziffern 1 und 2, sowie zum ergänzten Punkt 3, fasst der

Regionalrat nachfolgenden Beschluss:

Der Regionalrat beschließt mehrheitlich folgenden Beschluss:

1. Der Regionalrat nimmt den Genehmigungserlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes NRW vom 07.04.2008 zur Kenntnis.
2. Den aufgeführten Maßgaben des Erlasses wird beigetreten.

Der Regionalrat beschließt einstimmig den um nachfolgenden Punkt 3 ergänzten Beschluss:

3. Der Regionalrat legt Wert darauf, dass bei der Zusammenführung von LEP und LEPro auch die Standorte für Kraftwerke überprüft werden.

TOP 7: 52. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Ratingen (Umwandlung eines GIB in ASB)
hier: Aufstellungsbeschluss

Herr Witzke (SPD) informiert den Regionalrat über die Beratungen im Ausschuss.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 20 Abs. 5 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) vom 03. Mai 2005 die Aufstellung der 52. Änderung des Regionalplans (GEP 99) für den Regierungsbezirk Düsseldorf im Gebiet der Stadt Ratingen in der Fassung dieser Vorlage.
2. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, den Planentwurf der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

TOP 8: 56. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf

**(GEP99) im Gebiet der Stadt Viersen (Umwandlung GIB in ASB) –
hier: Aufstellungsbeschluss (vereinfachtes Verfahren)**

Herr Sagner (CDU) unterrichtet den Regionalrat über die Ausschussberatungen.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Planungsausschuss beschließt einstimmig:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 20 Abs. 5 Landesplanungsgesetz (LPIG) vom 3. Mai 2005 (GV.NRW.2005, S. 430 ff.) die Aufstellung der 56. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Stadt Viersen in der Fassung dieser Vorlage.
2. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, den Planentwurf der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

**TOP 9: 57. Regionalplan-Änderung für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99)
im Gebiet der Städte Meerbusch und Dinslaken (GIB in ASB)
hier: Erarbeitungsbeschluss**

Herr Marschan (SPD) informiert den Regionalrat über die Beratungen im Ausschuss.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) merkt an, dass Ihre Fraktion irritiert darüber sei, dass zwei verschiedene Standorte in einem Beschlussvorschlag zusammengefasst würden. Außerdem sei nicht zu verallgemeinern, dass es keine erheblichen Umweltauswirkungen bei der Umwandlung von GIB in ASB geben würde. Dies würde für die Immissionsseite sicherlich zutreffend sein, nicht aber für Versiegelungsgrad und den Artenschutz. Sie hebt hervor, dass ihre Fraktion inhaltlich nicht anderer Meinung sei, sich aber mit dem Hergang des Verfahrens nicht anfreunden könne. Deshalb würde es bei der Stimmenthaltung bleiben.

Herr Prof. Gerß (Naturschutzverbände) regt an, bei diesem Tagesordnungspunkt nicht auf eine Umweltprüfung zu verzichten, zumal es sich nicht um ein vereinfachtes Verfahren – wie bei Top 8 handele. Für ihn sei nicht nachvollziehbar, dass bei Verfahren der Umwandlung von GIB in ASB unterschiedlich hinsichtlich der Umweltprüfung verfahren würde.

Herr Tietz (Bündnis 90/ Die Grünen) äußert sich unterstützend zu dieser Wortmeldung.

Herr Laakmann (FDP) bittet die Verwaltung, in Zukunft darauf zu verzichten, Dinge die zwar in der Sache zusammenhängen, aber sehr unterschiedliche regionale Bereiche berührten, in einer gemeinsamen Vorlage zu behandeln. Dies hätte bereits zu erheblichen Irritationen geführt.

Die Verwaltung sichert zu, auf die Trennung der Vorlagen in zukünftigen Verfahren zu achten.

Der Regionalrat beschließt einstimmig bei fünf Stimmenthaltungen der Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen folgenden Beschluss:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 20 Abs. 1 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPIG) die Erarbeitung der 57. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Städte Meerbusch und Dinslaken (GIB in ASB).
2. Die in der Anlage 4 aufgeführten Beteiligten sind zur Mitwirkung an dem Verfahren aufzufordern (§ 14 Abs. 2 LPIG). Ihnen ist Gelegenheit zu geben, innerhalb einer Frist von 1 Monat Bedenken und Anregungen vorzubringen. Weitere Behörden und Stellen können beteiligt werden, wenn es sich im Laufe des Verfahrens als notwendig erweist.
3. Parallel hierzu wird der Öffentlichkeit Gelegenheit gegeben, zur beabsichtigten Regionalplan-Änderung Stellung zu nehmen (vgl. § 14 Abs.3 LPIG). Hierzu wird die Regionalplan-Änderung beim Rhein-Kreis Neuss, beim Kreis Wesel und bei der Bezirksregierung Düsseldorf für die Dauer von 1 Monat öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der Auslegung werden mindestens zwei Wochen vorher im Amtsblatt der Bezirksregierung Düsseldorf bekannt gemacht.

TOP 10: Stellungnahme des Regionalrates der Bezirksregierung Düsseldorf zum Entwurf "Beleidsnota Ontgrondingen" (Leitplan Abgrabungen) der Provinz Limburg

Herr Papen (CDU) unterrichtet den Regionalrat über die Ausschussberatungen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat beschließt die als Anlage 2 beigefügte Stellungnahme.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 11.25 Uhr.

gez. Patt
(Vorsitzender des
Regionalrates)

gez. Althage
(stellv. Vorsitzende
des Regionalrates)

gez. Sablofski
(Schriftführerin)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 19.06.2008

1. Stimmberechtigte Mitglieder

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Brandts, Reiner	
Enzweiler, Rainer	√
Dr. Fils, Alexander	√
Heimanns, Heinz-Ferdi	√
Humpert, Karl-Heinz	√
Kamps, Heinz-Peter	√
Kathstede, Gregor	
Kipphardt, Guntmar	√
Kleinert, Nicole	√
Lensdorf, Benno	√
Meies, Fritz	√
Michels, Wolfgang	√
Müller, Michael	√
Papen, Hugo	√
Patt, Dieter	√
Sagner, Ralf-Hasso	√
Schepers, Hermann-Josef	√
Schick, Norbert	√
Dr. Schmitz, Hans-Georg	√
Selders, Hannes	√
Vielhaus, Ewald	√
Wagner, Hans-Joachim	√

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Altehage, Manfred	√
Dinkelmann, Peter	√
Grüll, Lothar	√
Hengst, Jürgen	√
Hildemann, Michael	
Hübner, Herbert	
Jessner, Udo	
Marschan, Rainer	√
Osenger, Manfred	√
Patz, Elke	√
Piechula, Monika	√
Reese, Klaus-Jürgen	√
Sartingen, Gunhild	√
Scholten, Ulrich	√
Thum, Regine	√
Welp, Axel C.	√
Witzke, Hans-Jochem	√
Zingler, Birgit	√

FDP

Name	anwesend
Bickenbach, Sigurd	√
Dorten, Horst	√
Hausmann, Wolf D.	√
Henke, Jürgen	
Laakmann, Otto	√

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	√
Czerwinski, Norbert	√
Kerscht, Christoph	√
Krause, Manfred	
Leiß, Claudia	√
Sickelmann, Ute	√

Linkspartei (beratend gem. § 17 Abs.2 Satz 3 GeschO)

Name	anwesend
Pickert-Goldenbogen, Bernhard	√

2. Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Passmann, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	
Bovenkerk, Udo	Regionalverband Ruhrgebiet	
Bruckmann, Kaspar	Arbeitgebervertretung	√
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	√
Holle, Marianne	Arbeitnehmervertretung	√
Reuter, Klaus	Arbeitnehmervertretung	√
Wellssow, Hartmut	Arbeitnehmervertretung	√
Freer, Doris	Kommunale Gleichstellungsstellen	√
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Prof. Dr. Gerß, Wolfgang	Naturschutzverbände	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Duisburg	OB/Vertr.	√
Essen	OB/Vertr.	√
Krefeld	OB/Vertr.	√
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Mülheim an der Ruhr	OB/Vertr.	
Oberhausen	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	√
Wuppertal	OB/Vertr.	√
Kleve	Landrat/Vertr.	√
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	√
Wesel	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Regierungspräsident Büssow	
Frau Abteilungsdirektorin Dr. Bartels	Abteilung 2
Herr Abteilungsdirektor Lueb	Abteilung 3
Herr Abteilungsdirektor Hartmann	Abteilung 4
Frau Leitende Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 32
Herr Regierungsdirektor Goetzens	Dezernat 32
Herr Regierungsbeschäftigter Oppdehipt	Dezernat 32
Frau Regierungsoberinspektorin Sablofski	Dezernat 32

Rede
des Herrn Regierungspräsidenten
Jürgen Büssow
anlässlich der
Regionalrats-Sitzung am 19.06.2008

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

aus dem Planungsausschuss war der Wunsch gekommen, dass ich Sie zu drei Punkten informiere.

Zunächst möchte ich Sie aber über einen Unfall im MZB in Hünxe vom 17.06.2008 informieren. Bei der Vernichtung einer Granate russischer Bauart ist es zu einer Explosion gekommen, bei der ein Beschäftigter des Dez. 22 (Kampfmittelbeseitigung) aus unserer Behörde am Dienstag zu Tode gekommen ist. Der 49-jährige Familienvater war ein sehr erfahrener Truppführer mit 23-jähriger Berufserfahrung auf diesem Gebiet. Unser tiefes Mitgefühl liegt bei den Angehörigen und den Kollegen. Ich war gestern selbst vor Ort. Die Hintergründe des Unfalls werden derzeit untersucht, u. a. sind auch LKA und BKA eingeschaltet. (BKA als neutraler Dritter).

Zum Fortgang im Centro in Oberhausen.

Bekanntermaßen hatten Bezirksregierung und verschiedene Nachbargemeinden 2005 vor dem OVG verloren. Das Bundesverwaltungsgericht hatte die Revision nicht zugelassen. Damit wurde der Bebauungsplan rechtskräftig mit der Option, das Centro durch einen Investor um ca. 23.000 m² Verkaufsfläche zu erweitern.

Dieses gilt auch heute noch, obwohl das Landesentwicklungsprogramm zwischenzeitlich geändert wurde und die Steuerungsmöglichkeit für den großflächigen Einzelhandel durch § 24 a LEPro gewährleistet ist. Die einmal in Oberhausen erteilte Baugenehmigung hat Bestandskraft. Wie der Presse z. B. am 31.05.2008 (WZ), am 03.06.2008 (NRZ), zu entnehmen war, löst der Investor die Erweiterungsoption nun ein: Neuer Ankermieter soll das Modehaus P&C werden. Daneben entstehen 25 weitere Geschäfte sowie Erweiterungen der vorhandenen Kaufhof-Galerie-Filiale.

Weiter wurde ich um einen aktuellen Sachstandsbericht zum Eisernen Rhein und zur Betuwe-Linie gebeten.

Als Ergebnis zweier von der Landesregierung beauftragten und in der zweiten Jahreshälfte 2007 vorgestellten Trassenstudien zum „Eisernen Rhein“ wurde der Bau einer Alternativtrasse entlang der A 52 mit Gesamtkosten von 600 Mio. € empfohlen. Die historische Trasse sowie die A40-Variante wurden hingegen als problematisch erachtet.

Mit dem fraktionsübergreifenden Beschluss am 07.12.2007 hat der Landtag eine Empfehlung an den Bund gerichtet, die die A52-Trasse hervorhebt, gleichzeitig aber höchste Priorität für Lärmschutz (auch Bestand, z. B. in Krefeld) und die Einbindung der Kommunen fordert.

Der Eiserne Rhein wird auch auf Bundesebene als bedeutend angesehen. So hob z. B. der parlamentarische Staatssekretär Achim Großmann, am 09.06.2008 in Bochum und die Aus- und Neubaustrecke Roermond-Mönchengladbach-Rheydt als wichtige Maßnahmen hervor.

Die Trassenfindung muss auf internationaler Ebene zwischen den Niederlanden, Belgien und Deutschland vereinbart werden. Es haben hierzu bereits vereinzelt Gespräche stattgefunden (z. B. beim Antrittsbesuch des belgischen Ministerpräsidenten bei Bundeskanzlerin Merkel am 06.05.2008, allerdings ohne konkrete Ergebnisse für die Trassenfestlegung. Die internationale Entscheidung über die Trassenführung ist Voraussetzung für die weiteren Planungsschritte auf nationaler Ebene.

Insofern ergibt sich gegenüber dem Ende 2007 dargestellten Sachverhalt keine wesentliche Veränderung.

Auch hinsichtlich der Betuwe-Linie hat sich 2008 nichts Neues ergeben. Auf Basis einer am 22.06.2006 zwischen Land NRW und DB AG abgeschlossenen Planungsvereinbarung führt die DB AG derzeit die Vorentwurfsplanung für den Ausbau der Strecke Grenze D/NL – Emmerich-Oberhausen durch. Nach Abschluss der Vorentwurfsplanung (2008) werden die weiteren Planungsschritte zur Erlangung des Baurechtes (Planfeststellungsverfahren) eingeleitet. Mit Baubeginn wird nicht vor 2010 gerechnet.

Die im Juni 2007 eröffnete niederländische Neubaustrecke „Betuwe“ wird auf Grund technischer Probleme derzeit von lediglich 12 dieselgetriebenen Zügen pro Tag befahren. Damit bleibt die Verkehrsbelastung deutlich unter der möglichen Kapazität von bis zu 480 Zügen pro Tag zurück.